

Fragen

**für die Fragestunde der 7. Sitzung des Deutschen Bundestages
am Mittwoch, dem 6. November 2002**

Verzeichnis der Fragenden

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Hinsken, Ernst (CDU/CSU)	3, 4	Löttsch, Dr. Gesine (fraktionslos)	1, 2
Koschyk, Hartmut (CDU/CSU)	5, 6	Pau, Petra (fraktionslos)	7, 8

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	<i>Seite</i>
Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern	4

Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts

1. Abgeordnete
Dr. Gesine Löttsch
(fraktionslos)
Welche konkreten diplomatischen Schritte – bilateral oder im Rahmen der EU – plant die Bundesregierung angesichts der guten persönlichen Beziehungen des Bundeskanzlers Gerhard Schröder zum russischen Präsidenten Wladimir Putin, um die russische Regierung zu einer politischen Lösung des Tschetschenienkonfliktes zu bewegen?
2. Abgeordnete
Dr. Gesine Löttsch
(fraktionslos)
Ist die Bundesregierung der Auffassung, dass das bereits jahrelang mit überaus unverhältnismäßiger Härte auch gegenüber der Zivilbevölkerung praktizierte Vorgehen der russischen Streitkräfte in Tschetschenien – das in anderen Fällen zum Anlass genommen wurde, seitens der NATO militärisch zu intervenieren – mit den Pflichten des Europarat-Mitgliedes Russland hinsichtlich der Europäischen Menschenrechtskonvention und der Konvention zum Schutz von nationalen Minderheiten im Einklang steht?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen

3. Abgeordneter
Ernst Hinsken
(CDU/CSU)
Mit welcher Begründung bewertet die Bundesregierung die deutsche Erbschaftssteuergesetzgebung als nicht „ursächlich für eine etwaige Unschlüssigkeit der Erben mittelständischer Betriebe“ (vgl. Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs beim Bundesminister der Finanzen, Karl Diller, vom 25. Oktober 2002 auf meine schriftliche Fragen mit den Arbeitsnummern 17 und 18 für den Monat Oktober 2002), obwohl immer mehr Mittelständler unschlüssig sind, ob sie ihr Erbe überhaupt antreten und die Betriebe weiterführen sollen, und was gedenkt sie dagegen zu unternehmen?
4. Abgeordneter
Ernst Hinsken
(CDU/CSU)
Wird die Bundesregierung, nachdem sie bisher über keine Übersicht zu den steuerlichen Regelungen des Unternehmenserbes im Mittelstand in den EU-Mitgliedstaaten verfügt (vgl. Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs beim Bundesminister der Finanzen, Karl Diller, vom 25. Oktober 2002, auf meine schriftlichen Fragen mit den Arbeitsnummern 17 und 18 für den Monat Oktober 2002), diese Informationen einholen, um zu prüfen, welches System für Deutschland als Vorbild dienen könnte, und wenn ja, bis wann?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern

- | | |
|--|---|
| 5. Abgeordneter
Hartmut
Koschyk
(CDU/CSU) | Haben sich nach Einschätzung der Bundesregierung Tarifautonomie und Flächentarifvertrag auch im öffentlichen Dienst bewährt, und hält die Bundesregierung daran fest, zunächst Tarifverhandlungen für Arbeiter und angestellte im öffentlichen Dienst abzuschließen und anschließend das Ergebnis zeit- und inhaltsgleich auf Beamte zu übertragen? |
| 6. Abgeordneter
Hartmut
Koschyk
(CDU/CSU) | Seit wann hat die Bundesregierung bereits Kenntnis von der im „SPIEGEL“ vom 28. Oktober 2002, Seite 134, wiedergegebenen Einschätzung des Bundeskriminalamtes (BKA) hinsichtlich der Bedrohung durch Anschläge des terroristischen Islamismus in Deutschland, nach der Deutschland von den Experten des BKA mittlerweile für annähernd so gefährdet gehalten wird wie die Vereinigten Staaten von Amerika selbst? |
| 7. Abgeordnete
Petra
Pau
(fraktionslos) | Wie viele antisemitische Straftaten wurden im dritten Quartal 2002 in der Bundesrepublik Deutschland begangen und wie viele Opfer dieser Straftaten gab es? |
| 8. Abgeordnete
Petra
Pau
(fraktionslos) | Mit welchen konkreten Maßnahmen will das Bundesministerium des Innern die Umstrukturierung des Bundesgrenzschutzes zur „Bundespolizei“ durchführen? |